



Protokoll Nr. 33

Sitzung von Donnerstag, 1. Juli 1999, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident Rolf Häberli

Anwesend:

Ernst Aebersold	Esther Kälin Plézer	Kurt Rügsegger
Thomas Balmer	Regula Keller	Erich Ryter
Oskar Balsiger	Blaise Kropf	Doris Schneider
Sven Baumann	Andreas Krummen	Beat Schori
Margrith Beyeler	Annemarie Lehmann	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Leslie Lehmann	Peter Sigerist
Markus Blatter	Peter Linder	Franco Sommaruga
Peter Bühler	Edith Lörtscher	Sylvia Spring Hunziker
Michael Burri	Edith Madl Kubik	Christoph Stalder
Walter Christen	Anton Maillard	Ernst Stauffer
Marie-Louise Durrer	Mario Marti	Michael Straub
Marcel Eyer	Kurt Mäusli	Ueli Stückelberger
Thomas Fuchs	Elsi Meyer	Béatrice Stucki
Verena Furrer-Lehmann	Barbara Mühlheim	Margrit Stucki-Mäder
Hans Ulrich Gränicher	Christoph Müller	Peter Stucki
Ueli Haudenschild	Edith Olibet	Hans-Ulrich Suter
Ruedi Hofer	Rosmarie Okle Zimmermann	Luzius Theiler
Stephan Hügli	Bernhard Pulver	Eva von Ballmoos
Urs Jaberg	Ruth Rauch	Catherine Weber
Alfred Jordi	Hans Peter Riesen	Kurt W. Weyermann
Michael Jordi	Heinz Rub	Hansjörg Wittwen
Heinz Junker	Ursula Rudin-Vonwil	Andreas Zysset

Entschuldigt:

Raymond Anliker	Jean-Daniel Flückiger	Irène Marti Anliker
Arnold Bertschy	Adrian Haas	Katharina Suter
Konrad Bossart	Liselotte Lüscher	Margrit Thomet
Annette Brunner	Annemarie Sancar	René Zimmermann
Marcel Fankhauser		

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Adrian Guggisberg
Therese Frösch
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Traktandenliste

1.	Einbürgerungsgesuche vom 1. Juni 1999	111
2.	Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission	--
3.	Ersatzwahl in die Vormundschaftskommission	117
4.	Projekt Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Jahresbericht 1998 (FIKO/Gemeinderat)	85
5.	Überführung der Liegenschaften Thunstrasse 38/40 vom Verwaltungsvermögen der Polizeidirektion ins Finanzvermögen; Verkauf der Liegenschaften Thunstrasse 38/40 (Hügli/Wasserfallen)	81
6.	Miete Räumlichkeiten Morgenstrasse 83a zur Unterbringung des Polizeistützpunktes West; Kredit (Hügli/Wasserfallen)	102
7.	Realisierung von Tempo 30-Zonen im Mattenhof-Weissenbühl; Kreditaufstockung (Balsiger/Wasserfallen)	106

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Am 19. August findet keine ordentliche Stadtratssitzung statt, jedoch in der Stadt- und Universitätsbibliothek von 17.00 bis 19.00 Uhr eine Sitzung betreffend Neue Stadtverwaltung. Es ist wichtig, dass möglichst viele Ratsmitglieder diese Information anhören gehen.

Am 26. August findet um 15.00 Uhr eine Orientierung zu den Planungen Brünnen und Von Roll-Areal statt. Die ordentliche Stadtratssitzung beginnt um 17.00 Uhr im Rathaus.

Am Samstag, 7. August findet das Aareschwimmen statt. Es wäre schön, wenn möglichst viele Ratsmitglieder daran teilnehmen könnten.

Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn. 22 und 23 vom 20. Mai 1999 werden mit bestem Dank an die Verfasserinnen genehmigt.

Traktandenliste

Oskar Balsiger (SP) beantragt, das Traktandum 7: Realisierung von Tempo 30-Zonen im Mattenhof-Weissenbühl, Kreditaufstockung, vor Traktandum 5 zu behandeln, da – wie der Presse entnommen werden konnte –, pünktlich zu Beginn der Sommerferien, am 5. Juli, mit den Arbeiten zur Umsetzung dieses Projekts begonnen werden soll, d.h. wir müssen dieses Geschäft heute behandeln.

Beschluss

Der Rat stimmt dieser Traktandenänderung mit 33 : 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Ordentliche Traktanden

1 Einbürgerungsgesuche vom 1. Juni 1999

Antrag Nr. 111

Gemeinderat und stadträtliche Einbürgerungskommission beantragen, den nachgenannten Bewerberinnen und Bewerbern, gestützt auf die einschlägigen Bestimmungen, das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Bern zuzusichern.

Die Abstimmung ergibt folgendes Resultat:

Ausgeteilte Stimmzettel:	63
eingelangte Stimmzettel	63
davon leer oder ungültig	0
In Berechnung fallende Stimmzettel	63

Aus Datenschutzgründen dürfen die Namen der Bewerbenden nicht eingesehen werden.

2 Ersatzwahlen in die Geschäftsprüfungskommission

Als Ersatz für Eva von Ballmoos (parteilos) wird Catherine Weber (GB) und als Nachfolgerin von Marie-Louise Durrer (SP) wird Edith Madl Kubik (SP) in die GPK gewählt.

3 Ersatzwahl in die Vormundschaftskommission

Antrag Nr. 117

1. Der Stadtrat nimmt unter Verdankung der geleisteten Dienste Kenntnis vom Rücktritt von Romy Kläy (LdU) aus der Vormundschaftskommission.
2. An ihrer Stelle wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Dezember 2000 gewählt:
Denise Vogel-Sigrist (GFL), 1946, Mal- und Gestaltungstherapeutin, Seminarstrasse 15, 3006 Bern

4 Projekt Neue Stadtverwaltung Bern (NSB): Jahresbericht 1998

Antrag Nr. 85

Der Stadtrat genehmigt die Jahresberichte 1998 der Pilotabteilungen Informatikdienste, Berufsfeuerwehr, Jugendamt, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei, Schul- und Büromaterialzentrale sowie Strasseninspektorat.

Ruth Rauch (SP): GPK und FIKO haben diesen Jahresbericht am 14. Juni gemeinsam ausführlich diskutiert. Keines der Pilotämter war umstritten. Dieser Jahresbericht enthält vier neue Ämter: Informatikdienste, Gesundheitsdienst, Stadtgärtnerei sowie die Schul- und Büromaterialzentrale und zum ersten Mal zwei Querschnittämter. Dass Querschnittämter einbezogen worden sind, wurde allgemein als positiv beurteilt. Der Jahresbericht ist nicht nur umfangreicher, sondern auch übersichtlicher und transparenter geworden. Er erntete viel Lob. Bedauert wurde, dass immer noch ein Inhaltsverzeichnis fehlt, und es wurden einige redaktionelle Bemerkungen angebracht. Am Ende der Pilotphase wird eine Evaluation stattfinden und auch die Berichterstattung noch einmal gründlich diskutiert. Auch positiv bewertet wurde, dass der administrative Verwaltungsbericht im NSB-Bericht integriert ist. Das Finanzinspektorat bringt zu NSB keine Vorbehalte an, in einem Fall musste jedoch bei den Abschreibungen eine Korrektur vorgenommen werden. Wichtig ist, dass alle Ämter den Budgetrahmen einhalten konnten. Die budgetierten Nettokosten sind überall unterschritten worden. Alle Ämter haben kleinere oder grössere Überschüsse erzielt. Eine gute Regelung bezüglich dieser Überschüsse fehlt noch. Im Moment fliesst die Hälfte des Bonus in die Stadtkasse, die andere Hälfte geht an das Amt. Bereits im Mai 1998 wurde festgehalten, dass dieses Regelungssystem ausgefeilt werden sollte. Dieser Bonus wurde von den beiden Kommissionen

ausführlich diskutiert. Bei den Informatikdiensten wurde der grösste Teil des Bonus als Rückstellung für schlechtere Zeiten vorgesehen und ein kleiner Teil für die Weiterbildung des Personals eingesetzt, beim Jugendamt wurde ein Teil des Bonus für eine befristete Anstellung einer ambulanten Heilpädagogin verwendet. In keinem Amt wurde der Bonus für Reisen oder persönliche Auszahlungen genutzt. Der Finanzinspektor hat bestätigt, dass die Überschussanteile für betriebliche Zwecke verwendet worden sind. GPK und FIKO wünschen jedoch noch mehr Transparenz und eine klarere Deklaration der Verwendung des Bonus.

In den Pilotämtern hat ein gewisses privatwirtschaftliches Denken Einzug gehalten. Auch die Budgetunterschreitungen in allen Ämtern können diesem Umdenken zugeschrieben werden. Die Kommissionen fanden, auf Nachkredite sei bei NSB-Ämtern zu verzichten, es sei denn es handle sich um geforderte zusätzliche Aufwendungen. Alle Ämter beklagen sich immer wieder über den grossen Aufwand für NSB. Dieses Problem muss bei einer flächendeckenden Einführung von NSB sehr genau geprüft werden.

GPK und FIKO empfehlen dem Stadtrat einstimmig Genehmigung des NSB-Jahresberichts 1998.

Fraktionserklärungen

Sylvia Spring Hunziker (SP) führt aus, die SP-Fraktion sei zufrieden mit dieser Form von Rechenschaftsablage für die NSB-Pilotabteilungen. Wir schätzen die Verknüpfung von Zahlenmaterial mit Sachinhalt, d.h. ein Zusammenführen der Produktgruppenrechnung mit dem Verwaltungsbericht. Besonders hilfreich ist für uns die Rubrik der politikrelevanten Entwicklungen und wo vorhanden, des Ausblicks. Im Vergleich zum Verwaltungsbericht vermittelt dieser Jahresbericht aussagekräftigere und für unsere Parlamentsarbeit nützlichere Informationen. Es wird vermehrt auf den politischen Auftrag hingewiesen. Es handelt sich um ein aufwendiges und sorgfältiges Berichtswesen. Die SP-Fraktion beantragt, den Jahresberichten aller Pilotabteilungen zuzustimmen.

Nachfolgend einige Verbesserungsvorschläge: Wir vermissen ein Inhaltsverzeichnis zur besseren Orientierung in dieser Informationsfülle und wünschen, dass der bisherige Anhang nicht komplett wegfällt. Die graphischen Darstellungen, die beim letzten Produktgruppen-Budget eingeführt worden sind, würden diese Form des Berichtswesens optisch attraktivieren und komprimiert wichtige Informationen liefern. Beim Gefäss der politikrelevanten Entwicklungen muss unbedingt eine Art *Unité de doctrine* eingeführt werden: Was gehört dazu? Worauf reagiert z.B. die Exekutive? Es müssen Unterscheidungen zwischen Gemeinderatsaussagen und parlamentarischen Forderungen gemacht werden. Für die SP-Fraktion ist klar, dass dieser Jahresbericht noch nicht die definitive Form sein kann. Wir unterstützen die eingeschlagene Richtung jedoch voll und ganz. Wir sind damit einverstanden, dass Vereinfachungen und eine schlankere Fassung geprüft und erarbeitet werden.

Da wir anlässlich der Behandlung des Verwaltungsberichts keine Sachfragen zu den einzelnen Abteilungen stellen konnten, möchten wir uns zu einzelnen Produktgruppen in Form von kurzen Stellungnahmen äussern. Beim SIB fällt auf, dass beim übergeordneten Ziel die Berücksichtigung der Nischenarbeitsplätze, wie von der FIKO bereits vor zwei Jahren gefordert, zwar aufgeführt, dass jedoch beim Stand der Zielerreichung vermerkt wird, dass die Definition der Nischenarbeitsplätze unklar ist. Wir verlangen möglichst rasche Klärung und Abhilfe. Bei der Stadtgärtnerei taucht die ungelöste Definition der Nischenarbeitsplätze auch auf. Wir fordern nachvollziehbare Aussagen darüber, wie Nischenarbeitsplätze erfüllt werden. Bei der Produktgruppe Grünflächenpflege werden wir über einen Personalabbau informiert, der uns stutzig macht. Zwei Stellen sind offenbar aus Spargründen nicht wiederbesetzt worden. Wir wehren uns dagegen, uns der Illusion herzugeben, dass mit einer Vergabe an Dritte gespart hätte werden können. Ein solcher Abbau bedeutet auch ein Abbau der Dienstleistung. Beim Jugendamt wird bei der Produktgruppe Jugendpflege positiv eingeleitet, dass die Jugendarbeit dank dem Leistungsvertrag mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit vermehrt gesamtstädtisch definiert und betrieben wird. Es bestehen jedoch noch Lücken, und zusätzliche ausgewiesene Bedürfnisse wie die Jugendarbeit in Holligen, der Moditräff und vermehrte Integrationsarbeit, z.B. im Untermattquartier, können nicht im Rahmen der bisherigen Globalbudgets abgedeckt werden. Die logische Konsequenz ist eine entsprechende Anpassung bei der nächsten Budgetierung. Was passiert im Bereich der Fe-

rien- und Freizeitangebote für die Kinder in der Stadt Bern? Wir bedauern den massiven Abbau beim FÄGER und erwarten realisierbare Alternativen. Bei der Produktgruppe Tagesstätten konnte das Ziel, Abbau der Warteliste, nicht erreicht werden. In der Stadt Bern besteht Handlungsbedarf. Konnte eine zentrale Anmeldestation realisiert werden und wenn ja, was bringt sie?

Wir sind überzeugt, dass wir die Pilotabteilungen in Zukunft alljährlich vertieft behandeln müssen. Ob der Rahmen der Verwaltungsberichterstattung die geeignete Form ist, lassen wir offen. Der Zeitpunkt für die Behandlung ist vor den Sommerferien anzusetzen. Im Namen der SP dankt Sylvia Spring Hunziker allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Pilotabteilungen und den Projektverantwortlichen von NSB für die geleistete Arbeit und für ihren täglichen Einsatz.

Für die Fraktion GB/JA! spricht *Annemarie Sancar* (GB): Selbstverständlich genehmigen wir den NSB Jahresbericht 1998, möchten jedoch die Gelegenheit ergreifen, die Diskussion auf eine andere Ebene zu führen. Was bringt die Einführung von NSB? Ist sie wünschbar? Ist sie flächendeckend realisierbar und sinnvoll? Ein Zwischenhalt und die politische Reflexion in Sachen NSB sind unbedingt nötig. Für uns ist klar, dass eine Kostenrechnung auf jeden Fall sinnvoll ist. Über den Detaillierungsgrad der Vollkostenrechnung muss noch diskutiert werden. Eine flächendeckende Einführung von NSB lehnen wir bezogen auf die gemachten Erfahrungen und Diskussionen ab, denn nicht alle Verwaltungszweige eignen sich für eine autonome Steuerung. Es gelingt nicht in allen Aufgabenbereichen eines Gemeinwesens, die Wirkung nach NSB-Logik zu erfassen. Nicht alle Leistungen lassen sich nach Kostenverteilungskriterien aufschlüsseln. Wo es schwierig ist, nach technischen Überlegungen, aus buchhalterischen Perspektiven und mit einer betriebswirtschaftlichen Logik Wirkungsziele festzulegen und den Erreichungsgrad zu messen, ist es wichtig, dass demokratiepolitisch verhandelt und mitentschieden werden kann. NSB bedeutet nicht nur Transparenz, Kostenrechnung und effizientere Verwaltung von Gemeindeaufgaben, NSB ist mit der Autonomisierung der Steuerung vor allem auch eine Verschiebung der Entscheidungskompetenz weg von der Politik hin zur Verwaltung. Das möchten wir nicht akzeptieren und diskutieren, was dagegen zu tun ist. Die Politik muss weiterhin eine wichtige Rolle spielen in Bereichen, in denen der Zugang zur Leistung demokratiepolitisch kontrolliert werden müsste, weil die betriebswirtschaftliche Logik nicht unbedingt greift und in denen das Leistungscontrolling Software nicht hinreicht, und zwar nicht nur, weil sie zeitlich vernachlässigt worden ist, sondern auch, weil sie gewisse Sachen nicht erfassen kann, die gesellschaftlich wesentlich und relevant sind. Gerade das Jugendamt eignet sich unseres Erachtens nicht für eine flächendeckende Einführung der neuen Steuerung. Annemarie Sancar schildert dies am Beispiel Ambulante Heilpädagogik. Es stellen sich Fragen wie: Wie werden die Leistungen erbracht? Wie wird evaluiert? Wo sind die Grenzen, ab der ein Kind als defizitär beschrieben wird? Was heisst Erfüllung des Auftrages? Bedeutet dies Zufriedenheit der Eltern, der Krippe, der Heilpädagogin? Oder ist es eine Kostenfrage? Weshalb werden die gleichen Angebote vom Kanton gestrichen? Es werden Entscheide gefällt, die nichts darüber aussagen, wie es den Kindern geht. Um so wichtiger ist die demokratiepolitische Kontrolle. Es handelt sich hier um eine qualitativ relevante Verschiebung von Geldern in einem heiklen Bereich. Solche Entscheide müssen unbedingt politisch diskutiert werden. Es gibt Pilotprojekte, die sich für NSB gut eignen, z.B. die Informatikdienste und die Feuerwehr. Bereits bei der Stadtgärtnerei sieht Annemarie Sancar jedoch Probleme. Wem wird die Behebung von Zerstörung, von Vandalismus zugerechnet – Polizei, Jugendpflege, Tourismus -, und wer entscheidet, wem diese Kosten angelastet werden sollen? Mischformen von Steuerungsmodellen sind unseres Erachtens noch viel zu wenig diskutiert worden. Es wurde immer von flächendeckend ausgegangen. Wir wünschen deshalb, dass alle über Mischformen diskutieren helfen. Ein Zwischenhalt ist gefordert, und wir hoffen, dass auch die andern Parteien, spätestens bei der Diskussion zum Arbeitspapier der Reformkonferenz mithelfen werden, die Fragen öffentlicher zu diskutieren.

Beat Schori (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Jahresbericht der Pilotabteilungen NSB ohne Begeisterung zu. Wir finden es falsch, dass der Verwaltungsbericht 1998 keine Kommentare zu den sieben Pilotabteilungen enthält, d.h. die für die Zukunft der Stadtverwaltung

sehr wichtigen Erkenntnisse aus den Erfahrungen mit NSB werden der Geschichtsschreibung entzogen. Wir fordern den Gemeinderat auf, dies für das Jahr 1999 zu korrigieren. Wir stellen uns die Frage, ob die vorberatenden Kommissionen und der Stadtrat bei einer eventuellen Umstellung der ganzen Stadtverwaltung auf NSB nicht überfordert sein werden. Der vorliegende Bericht umfasst 135 Seiten und beinhaltet nur sieben Abteilungen, die sich für NSB gut eignen, d.h. einen sehr kleinen Teil der Verwaltung. In diesem Jahresbericht steckt eine grosse Menge Informationen. Trotzdem wird es nicht zu vermeiden sein, über eine vereinfachte Berichterstattung nachzudenken oder die Kommissions- und Stadtratsmitglieder sehr gut auszubilden. Zum Stand der Zielerreichung werden im Jahresbericht vergangenheitsbezogene Aussagen gemacht, es fehlen jedoch die Schlussfolgerungen, d.h. welche Lehren werden für die Zukunft gezogen? Dabei denken wir an Kosten, Qualität oder Bedarf. Wir glauben, dass dieser Bericht bei einer einfachen, logisch nachvollziehbaren Berichterstattung von NSB die Funktion eines MIS (Management Information System) einnehmen könnte, sofern die Intervalle kürzer sind als das Jahr. Auch die Einheitlichkeit muss verbessert werden. Wir sind überzeugt, dass dies vom Gemeinderat angestrebt wird, damit die Vergleichbarkeit besser gewährleistet werden kann. Die Verwaltung muss schlanker werden, d.h. bei jeder Aufgabe der öffentlichen Hand muss permanent überprüft werden, ob nicht private Organisationen geeigneter wären, diese Aufgabe im Auftragsverhältnis zu übernehmen. An einer vom Stadtpräsidenten organisierten Veranstaltung hat Beat Schori von einem Experten aus London vernommen, dass die Preise bis über 50% sinken, wenn der Wettbewerb mit Outsourcing angekurbelt wird. Die Finanzen können nur noch mit Massnahmen im Bereich der Ausgaben saniert werden. Steuererhöhungen werden vom Volk nicht mehr hingenommen, wie dies kürzlich die Abstimmung über die Feuerwehrsteuer gezeigt hat. Schlussbemerkungen: Wir fordern, dass die Pilotabteilungen in den Verwaltungsbericht integriert werden. Bei flächendeckendem NSB ist die jetzige Berichtsform zu umfangreich. Es fehlen zukunftsbezogene Absichtserklärungen. Die Einheit muss Ziel der Aussagen sein. Outsourcing senkt die Preise.

Für die FDP-Fraktion genehmigt *Stephan Hügli* den Jahresbericht NSB 1998. Die Flexibilität, welche NSB bietet, wird noch nicht völlig ausgeschöpft. Wahrscheinlich braucht es eine Generation, bis eine klassische Stadtverwaltung zu einer neuen Stadtverwaltung wird. Wir freuen uns, dass Ansätze dazu in den NSB Pilotprojekten ersichtlich sind. Der Jahresbericht NSB ist gegenüber dem klassischen Jahresbericht transparenter, indem ersichtlich wird, was einzelne vom Stadtrat bestellte Produkte kosten, andererseits wird jedoch nicht ersichtlich, wie sich die Kosten zusammensetzen und wie die Abläufe aussehen, und der Rat kann praktisch nicht mehr mitreden. *Stephan Hügli* ist der Meinung, dass bessere Piloten hätten gewählt werden können. Mit weniger geeigneten Ämtern können jedoch Erfahrungen für eine flächendeckende Einführung gesammelt werden. Sehr gut finden wir, dass die Einführung der Kostenrechnung durch die Einführung von NSB beschleunigt worden ist. Die Umstellung bringt den Pilotprojekten einen grossen Mehraufwand. Wir hoffen jedoch, dass dieser Aufwand bereits 1999 bei den bisherigen Piloten und in den Folgejahren auch bei den andern Pilotprojekten sinken und sich auf einen vertretbaren Rahmen hin bewegen wird. Sehr erfreulich ist auch, dass alle Pilotprojekte weniger ausgegeben haben, als budgetiert worden ist. Dies spricht für die Einführung von NSB. Die Richtlinien für die Verwendung des Bonus müssen noch verbessert werden. Schade ist, dass die Reformkommission an den Besprechungen von GPK und FIKO nicht teilgenommen hat, denn die vorberatenden Kommissionen sollten von den Diskussionen in der Reformkommission profitieren können und umgekehrt.

Michael Burri (GFL): Auch die Fraktion GFL/EVP genehmigt die Jahresrechnung 1998 der sieben Piloten. Wir stehen nach wie vor hinter diesem Versuchsbetrieb NSB. Einige Vorteile von NSB wurden bereits erwähnt: Möglichkeit, innerhalb eines Jahres kurzfristige Umstellungen vorzunehmen, Aufzeigen der Folgen parlamentarischer Vorstösse, politikrelevante Entwicklungen. Negativ ist, dass die Indikatoren zum Teil schwer verständlich sind, was sich zum Teil auch aus der Natur der Sache ergibt, z.B. Informatikdienste und das Problem der Festlegung der Bonus-/Malusberechnungen. Es muss ein Weg gefunden werden, damit ein Nachvollzug möglich wird. Auslagerungen stehen wir nicht grundsätzlich ablehnend gegen-

über, eine genaue Prüfung ist jedoch im Einzelfall nötig. Wir sind froh, dass im Rahmen einer SP-Motion zu diesem Thema notwendige Grundlagen erarbeitet werden. Der Umstellungsaufwand ist zum Teil erheblich. Auch Michael Burri hofft, dass dieser Aufwand abnehmen wird. Er gibt Annemarie Sancar zu bedenken, dass die Produkte vom Stadtrat umformuliert werden können, dieser somit die Kontrolle ausübt. Allerdings ist der Unterschied zu einem Verwaltungsrat einer privatwirtschaftlichen Unternehmung zu beachten. Die Idee des Stadtpräsidenten, zuhänden der Bevölkerung eine kurze Zusammenfassung des Jahresberichts zu verschicken, finden wir prüfenswert. Sehr wichtig finden wir einen Vergleich mit andern Städten. In Zukunft sollte auch vermehrt aufgezeigt werden, welche Leistungen für Betriebe ausserhalb der Stadtgrenzen erbracht werden (Zentrumslasten, Berufsfeuerwehr). Wir glauben, dass der vorgesehene Fahrplan für eine definitive Einführung von NSB zu knapp ist.

Einzelvoten

Kurt Mäusli (SP) fehlt ein Aufzeigen des Unterschieds zwischen Privatwirtschaft und Gemeinwesen. Es ist allen klar, dass eine Gemeinde einen andern Auftrag erfüllt als die Privatwirtschaft. Dieser NSB-Jahresbericht geht immer mehr in Richtung Privatisierung. Alle Massnahmen sind auf dem Buckel des Personals erfolgt (Stellenabbau in der Stadtgärtnerei, beim Vermessungsamt, im SIB). Überall werden Leute ohne Berufslehre auf die Strasse gestellt. Kurt Mäusli ist aufgrund der vorliegenden Resultate gegen eine flächendeckende Einführung von NSB. Unter dem Strich hat die ganze Übung nichts gebracht. Wie hoch sind die Kosten, die für diesen Jahresbericht investiert worden sind? Wieviele Beamtinnen und Beamte haben dafür gearbeitet?

Jean-Daniel Flückiger (EDU) vermisst in der Zielerreichung der Produktgruppe Drogenhilfe die Anzahl Personen, die aus den Drogen ausgestiegen sind. Er kann dem Jahresbericht nicht zustimmen.

Luzius Theiler (GPB) hat bereits 1994 festgehalten, dass sich der ganze Aufwand nur lohne, um zu beweisen, dass eine flächendeckende Einführung von NSB nicht funktionieren kann. Langsam scheinen dies auch andere Ratsmitglieder einzusehen. Auch andere Gemeinden haben schlechte Erfahrungen mit der sogenannten wirkungsorientierten Verwaltung gemacht. Köniz hat den Versuch bereits abgebrochen, weil festgestellt wurde, dass NSB anstelle einer Vereinfachung, einen bedeutend grösseren Aufwand bringt. Luzius Theiler findet die einzelnen Jahresberichte enttäuschend, weil über die Problematik praktisch nichts ausgesagt werde – im Gegensatz zum Zwischenbericht des Gemeinderats vom letzten Frühjahr. Im Bericht der Informatikdienste werden z.B. die riesengrossen Abweichungen, das Minus von Fr. 250 757.00 beim Nettoerlös, nirgends richtig begründet. Es liegt auch an der mangelnden Substanz dieser Berichte, dass sie so wenig aussagen. Ein Gemeinwesen ist kein Konzern. Es können nicht nur diejenigen kommunalen Leistungen erbracht werden, wonach eine grosse Nachfrage besteht, sondern ein Politwesen muss durch politische Entscheide festlegen, was wichtig und was weniger wichtig ist. Die Summe aller Leistungen macht das Gemeinwohl aus. Nur abzubauen, wo weniger Kundschaft besteht, führt zu einer Verschiebung der Probleme von einer Instanz zur andern. Ferner kann die Leistung höchstens quantitativ und nur in sehr seltenen Fällen qualitativ gemessen werden. Deshalb wird zu fragwürdigen Fragebogenaktionen gegriffen. Luzius Theiler hofft, dass die Übung abgebrochen wird, wenn nach einem weitem Jahr festgestellt wird, dass sie nicht das gebracht hat, was davon erwartet worden ist.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* dankt Ruth Rauch für ihre Berichterstattung. Ziel ist, die Jahresrechnung NSB und den Verwaltungsbericht mit Anhang in einem Buch zusammenzufassen. Es muss auch darüber diskutiert werden, was eine umfassende Einleitung enthalten soll: Organigramme oder nicht, Anhang mit gewissen Zusatzinformationen usw. Ein Ziel von NSB ist eine neue, kohärentere, zusammenhängendere Verwaltungsführung. Es handelt sich um ein neues Führungsinstrument. Es ist nicht verboten, in einer Verwaltung Sachen zu übernehmen, die sich in der Privatwirtschaft bewährt haben. Das heisst jedoch nicht, dass in der Zielsetzung die gleichen Prinzipien verfolgt werden müssen, dass z.B. Aufgaben abge-

geben werden, die keinen maximalen Ertrag bringen. Ein Gemeinwesen muss Aufgaben erfüllen, die nicht nach dieser Maxime betrachtet werden. Wir wollen jedoch feststellen, wieviel Aufwand sie erzeugen und welcher Erlös erwirtschaftet werden kann. In Zukunft wird ein Inhaltsverzeichnis erstellt und eventuell Verschiedenes mit Graphiken dargestellt werden. Annemarie Sancar entgegnet der Stadtpräsident, der Stadtrat habe auf Antrag des Gemeinderats entschieden, die Kostenrechnung in der ganzen Verwaltung einzuführen. Die Einführung der Kostenrechnung darf nicht mit der flächendeckenden Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung verwechselt werden. Darüber wird der Stadtrat noch entscheiden müssen. Im Politikbereich laufen zwei weitere Projekte: die Regierungsreform durch den Gemeinderat und die Arbeit der Reformkommission des Stadtrats. Bei diesen Projekten geht es darum, den Politikbereich abzustimmen. Es ist deshalb verfrüht, heute schon davon zu sprechen, dass der Stadtrat keinen Einfluss mehr ausüben können werde. Annemarie Sancar hat zudem schlechte Beispiele genannt. Schon heute könnte der Stadtrat eine solche Stelle im heilpädagogischen Bereich schaffen. Dazu brauchen wir NSB nicht. Im Rahmen der bewilligten Stellen können Umlagerungen vorgenommen werden. Auch der Gemeinderat ist eine politische Instanz, nicht nur der Stadtrat. In der Reformkonferenz wurde auch darüber gesprochen, welche Instrumente der Stadtrat in Zukunft haben soll, um Auskünfte verlangen zu können. Im Jahresbericht NSB wurde festgehalten, dass das Jugendamt mit dieser Stelle eine neue Richtung eingeschlagen hat, und das Votum von Annemarie Sancar hat bewiesen, dass dieser Jahresbericht auch dazu dient, dass sich der Stadtrat zu solchen Sachen äussern kann. Ferner können auch weiterhin mit Interpellationen Auskünfte verlangt werden, und die vorberatenden Kommissionen können weiterhin die Verwaltungskontrolle ausüben und Details erfragen. - Der Jahresbericht bleibt ein Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Jahr. Zweck des Berichts ist auch aufzuzeigen, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden, was dafür aufgewendet, welche Änderungen oder/und ob Neues eingeführt worden ist. Im Budget wird ausgewiesen, welche Ziele erreicht werden sollen. In den Legislaturrichtlinien wird das Mass für die Zukunft gesetzt. Der Bericht der Reformkommission wird aufzeigen, dass weitere Beeinflussungsmöglichkeiten bestehen. - Der Zusatzaufwand ist vor allem auch darauf zurückzuführen, dass gegenwärtig in der Stadtverwaltung zwei Systeme nebeneinander betrieben werden, NRM und NSB plus die flächendeckende Einführung der Kostenrechnung. Etwas Neues verlangt immer einen Zusatzeffort. Der Stadtpräsident dankt an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Verwaltung für diesen Effort. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass die Pilotphase nicht verlängert, sondern der Mut aufgebracht werden sollte, umzuschalten, damit die Doppelbelastung wegfällt. Die Erfahrungen der Informatikdienste zeigen, dass die Umstellung zu Beginn sehr viel Zusatzbelastung bedeutete, was zu Überlegungen führte, wie der Zusatzaufwand rasch reduziert werden könnte. Der Chef Informatikdienste gab bekannt, dass die Berichterstattung effizienter gestaltet und dadurch die Belastung reduziert werden konnte. Es hat somit ein Lernprozess stattgefunden. – Der Gemeindepräsident von Köniz hat als Grund für den Abbruch von NSB die gleichzeitige Einführung eines neuen Informatiksystems und NSB mit Kostenrechnung genannt und nicht, dass Köniz NSB ablehne. Ob NSB in der Stadtverwaltung flächendeckend eingeführt werden soll oder nicht, müssen Gemeinderat und Stadtrat gemeinsam beurteilen und entscheiden.

Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin *Ursula Begert* ist überzeugt, dass NSB sehr viel Positives bringt, damit auf Bedürfnisse reagiert und es auch anspornt, Verbesserungen zu suchen und zu realisieren. Die Globalvorgaben müssen eingehalten werden, und die Bedürfnisse der Jugendarbeit in Holligen, der Moditräff und eine vermehrte Integrationsarbeit im Untermattquartier konnten mit diesen Vorgaben leider nicht abgedeckt werden. Diese Bedürfnisse sollten im Rahmen der Budgetdebatte wieder aufgenommen werden. Wir waren auch enttäuscht, dass das Projekt im Monbijoupark nicht im Rahmen eines Arbeitsloseneinsatzes realisiert werden konnte. Zur Betreuung von Kindern können jedoch nicht irgendwelche Personen beigezogen werden. Die verschiedenen Angebote werden in der FÄGER-Zeitung aufgeführt. Gemeinderätin Begert hofft, dass es doch noch möglich sein wird, im Monbijoupark etwas Zusätzliches für Kinder anzubieten. Sie dankt Heinz Rub, der das Restaurant im Marzilibad führt, dafür, dass er sich nicht gegen die im Rahmen des FÄGERs realisierte schwimmende Spielbar gewendet hat. - Wir möchten auch vermehrt mit Sponsoring arbeiten.

Die neue Leiterin des Jugendamts hat bereits verschiedene Ideen entwickelt, wie Sponsoren gefunden werden könnten. - Das heilpädagogische Zusatzangebot in Krippen wurde durch eine sparsame Arbeit des Jugendamts möglich. Gemeinderätin Begert erfüllt es mit Stolz, wenn die Qualität ohne Mehrausgaben verbessert werden kann. Es wird die Zufriedenheit der Kinder, der Mitarbeitenden und der Institutionen gemessen. Es ist sehr sinnvoll, die Arbeit kritisch zu hinterfragen. - Die Fachstelle für Kinderbetreuung läuft gut, jedoch noch nicht so lange, um ausführlich darüber berichten zu können. Sie wurde geschaffen, um Eltern noch besser über Kinderbetreuungsangebote beraten zu können. Die Fürsorge- und Gesundheitsdirektion ist immer bereit, Ratsmitgliedern detailliertere Auskünfte zu erteilen. – Auch das Contact untersteht dem Kanton, Zahlen sind über die Jahresberichte der verschiedenen Betriebe erhältlich. Die Prozentzahl der planmässigen Austritte von 55% 1998 in der Entzugsklinik Selhofen kann als Erfolg gewertet werden. Gemeinderätin Begert liegt viel daran, gute Angebote anzubieten, die öffentlichen Gelder müssen jedoch mit grosser Sorgfalt eingesetzt werden.

Beschluss

Der NSB Jahresbericht 1998 wird vom Rat mit 60 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen genehmigt.

7 Realisierung von Tempo 30 Zonen im Mattenhof-Weissenbühl; Kreditaufstockung

Antrag Nr. 106

1. Der Stadtrat genehmigt die vom Gemeinderat vorgelegte Kreditaufstockung betreffend Realisierung von Tempo 30 Zonen im Mattenhof-Weissenbühl.
2. Für die Ausführung des Projektes wird der zulasten der Investitionsrechnung, Konto 210.501.023.0, gesprochene Kredit von Fr. 342 000.00 um Fr. 124 000.00 auf Fr. 466 000.00 erhöht.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Referent *Oskar Balsiger* (SP): Die PVK ging bei der Beratung dieses dringenden Geschäfts davon aus, dass diese Kreditaufstockung alles beinhalte, was für die Einführung von Tempo 30 und der Blauen Zonen in diesem Quartier nötig ist. Heute Mittag wurde ihm jedoch mitgeteilt, dass in der Verwaltung ein Fehler passiert sei, die Kreditaufstockung von Fr. 124'000.00 nur für die Massnahmen von Tempo 30 bestimmt sei und der Rat später eine weitere Kreditaufstockung oder einen Nachkredit für die Blauen Zonen beschliessen müsse. 1992 hat der Stadtrat einen Kredit von 1,96 Mio Franken für das Einrichten der Blauen Zonen auf dem ganzen Stadtgebiet und 1995 einen Kredit für die Einführung von Tempo 30 im Mattenhof beschlossen. Der heute vorliegende Antrag auf Kreditaufstockung betrifft die Einführung von Tempo 30 im Mattenhof. Vergessen wurde jedoch die Kreditaufstockung für die gleichzeitige Einführung der Blauen Zonen im Mattenhof. Oskar Balsiger hofft, dass diese Panne nicht zu einer Verzögerung führt, dass der Rat das Ziel vor Augen hat, d.h. dass am ersten Tag der Sommerferien mit der Umsetzung der Massnahmen begonnen werden kann. Die Ausführung der 1995 bewilligten Einführung von Tempo 30 im Mattenhof war für Frühsommer 1996 vorgesehen. Aufträge zur Herstellung einer grossen Anzahl Signaltafeln sind dem SIB zu Beginn des Jahres 1996 erteilt worden. Im Frühjahr 1996 wurden die bekannten Beschwerden eingereicht, die sich vor allem gegen die Blauen Zonen mit Anwohnerparkkarten richteten, was zu einem Realisierungsstopp aller Arbeiten führte. Heute stellen wir fest, dass der beschlossene Kredit grösstenteils aufgebraucht ist, dies, weil das Strasseninspektorat als NSB-Pilot seit 1. Januar 1996 den andern Verwaltungsstellen alle Eigenleistungen in Rechnung stellt. Diese Eigenleistungen fehlen um die Signale zu montieren, Markierungen auszuführen und verschiedene bauliche Anpassungen vorzunehmen. Der verbleibende Kreditrest reicht nicht aus, für die Ausführung fehlen noch Fr. 124 000.00. Der Gemeinderat begründet die Kreditaufstockung damit, dass es 1995 nicht möglich gewesen ist, vorauszusehen, welche Aufwendungen das SIB in Rechnung stellen werde, da Erfahrungen

im Umgang mit der Verrechnung von Eigenleistungen damals fehlten. Der Referent ist der Auffassung, eigentlich sollte dieses Geschäft nach altem Rechnungsmodell zu Ende geführt werden. Nachdem er sich bei verschiedenen Verwaltungsstellen erkundigt hat, kam er zum Schluss, es sei besser, das Geschäft wie vom Gemeinderat vorgeschlagen abzuwickeln. Die PVK empfiehlt dem Stadtrat mit 8 : 1 Stimme, der Kreditaufstockung zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Peter Linder (SVP) lehnt die Kreditaufstockung im Namen der SVP-Fraktion ab. Die Tempo 30 Zonen bringen Vor- und Nachteile. Eigentlich ist es gut, wenn aus Gründen der Verkehrssicherheit solche Zonen geschaffen werden. Unsere Fraktion beanstandet bei dieser Vorlage, dass eine Kreditaufstockung für die Realisierung der Tempo 30 Zonen verlangt wird, obschon am 7. Dezember 1995 ein Ausführungskredit bewilligt worden ist. Wurde nicht richtig geplant, oder soll eine Luxusausführung realisiert werden? Wir finden, dieses Projekt könne mit dem 1995 bewilligten Kredit ausgeführt werden. Wir werden auch eine weitere Kreditaufstockung von 450'000 Franken ablehnen. Im Rahmen der Kreditbewilligung ist uns versichert worden, dass allfällige Überschüsse auf die Parkkartengebühr abgewälzt werden. Wir fordern den Gemeinderat auf, dieses Versprechen einzuhalten und den erwirtschafteten Überschuss von 1,6 Mio Franken den Parkkartenbesitzenden zurückzuerstatten und nicht in die Stadtkasse fliessen zu lassen. Ferner muss die Preispolitik für die Tagesparkkarten überprüft werden, da sie an Attraktivität gewonnen haben. Zusätzlich müssen die Aussen-gemeinden und Nachbarstädte besser über die Parkierungsmöglichkeiten in den Park and Ride-Anlagen informiert, und es muss überprüft werden, wo noch weitere Blaue Zonen geschaffen werden können, um die Attraktivität der Stadt Bern nicht weiter zu schmälern.

Eva von Ballmoos (parteilos): Die Fraktion GFL/EVP setzt sich für die Vorlage ein. Die Bevölkerung des Stadtteils Mattenhof-Weissenbühl wartet seit drei Jahren auf die Realisierung des Stadtratsbeschlusses von 1995. Uns ist die Einführung der Blauen Zonen und von Tempo 30 in diesem Stadtteil ein grosses Anliegen, und wir möchten dieses Geschäft nicht gefährden, auch wenn heute eine Kreditaufstockung und später eine weitere gesprochen werden muss. Inhaltlich ist dieses Geschäft im Rat schon mehrmals demokratisch gutgeheissen worden: Stadtratsbeschluss 1995, Petition im Veielihubelquartier 1997, die sich über sämtliche Quartierorganisationen im Stadtteil III ausgebreitet hat und eine Interpellation im Stadtrat auslöste, Motion von Marie-Louise Durrer, und der höchstinstanzliche Beschwerdeentscheid, der den Inhalt dieses Geschäfts gutheisst. Die SVP-Fraktion will dieses Geschäft unter dem Vorwand, es werde zuviel Geld ausgegeben, bodigen. Hinter dieser Ablehnung stecken jedoch andere Gründe. Die Tarifierung bei den Parkkarten wird im Rahmen des Gebührenreglements zur Sprache kommen. Die Bewohnerschaft des Stadtteils III freut sich, dass sie auch endlich in den Genuss Blauer Zonen und von Tempo 30 kommen, dass sie vom Pendlerverkehr entlastet werden. Es werden dadurch auch vom Quartier gewünschte Signalisationsänderungen möglich, die bis jetzt mit dem Argument, die Markierungsänderungen der Parkplätze müsse abgewartet werden, nicht ausgeführt worden sind. Ein Beispiel ist die Öffnung der Einbahnstrasse für Velofahrende in der Brunnmattstrasse. Eva von Ballmoos dankt der Polizei für die Signalisationsänderung auf dem Schulwegabschnitt zwischen Pestalozzistrasse und oberem Teil der Brunnmattstrasse für velofahrende Kinder. Eine nächste Etappe wird sein, die Strassen gestalterisch aufzuwerten. Wir erwarten, dass nächsten Montag mit der Umsetzung von Tempo 30 und Blauen Zonen in diesem Quartier begonnen wird und bitten den Rat, der Kreditaufstockung zuzustimmen.

Einzelvoten

Beat Schori (SVP) bestreitet, dass die SVP diese Kreditaufstockung aus andern als finanziellen Gründen ablehnt. Er leidet als Quartierbewohner selbst unter dem Pendlerverkehr und ist froh, wenn die Blauen Zonen eingeführt werden. Es geht der SVP einzig ums Sparen.

Marie-Louise Durrer (SP) erinnert daran, dass der Polizeidirektor bei der Überweisung ihrer Motion, welche eine unmittelbare Einführung von Tempo 30 verlangte, gesagt habe, dies sei

nicht möglich, weil dies zu viele Mehrkosten verursachte. Blaue Zonen und Tempo 30 müssten gemeinsam eingeführt werden. Sie fordert den Rat auf, dieser Kreditaufstockung unbedingt zuzustimmen.

Auch *Heinz Junker* (SP) hat die Mitteilung, dass noch eine weitere Kreditaufstockung verlangt werden muss, erschüttert. Dieses Geschäft sollte jedoch nicht verzögert werden, denn die Quartierbewohner und –bewohnerinnen warten seit drei Jahren auf die Blauen Zonen und Tempo 30. Er wird diesem Geschäft deshalb mit Widerwille zustimmen.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* dankt dem PVK-Referenten für die Vorstellung des Geschäfts. Auch der Gemeinderat möchte, dass auch das Quartier Mattenhof-Weissenbühl verkehrsberuhigt werden kann. Der Referent hat die Leidensgeschichte dargelegt. Wir möchten nächsten Montag mit der Umsetzung beginnen. Die Kreditaufstockung ist auf die interne Verrechnung des SIB zurückzuführen, d.h. das Geschäft wird nicht teurer, sondern die eine Direktion muss der andern etwas bezahlen. Die interne Verrechnung findet erst seit 1996 statt, der Stadtratsbeschluss wurde jedoch 1995 gefasst. Leider ist in der Polizeidirektion ein Fehler passiert, wofür sich der Polizeidirektor entschuldigt. Er hat von diesem Fehler erst nach der Behandlung des Geschäfts in der PVK Kenntnis erhalten. Die 1992 bewilligten 1,96 Mio Franken waren für das Einrichten der Blauen Zonen auf dem ganzen Stadtgebiet bestimmt, der 1995 gesprochene Kredit von Fr. 342 000.00 für die Ausführung von Tempo 30 Zonen im Mattenhof-Weissenbühl. Im Laufe der Zeit wurde festgestellt, dass Geld gespart werden kann, wenn Tempo 30 und Blaue Zonen gemeinsam eingeführt werden, die beiden Kredite wurden deshalb parallel beansprucht. 1996 wurde die interne Verrechnung eingeführt, und zwar für beide Geschäfte, d.h. beide Kredite hätten nicht ausgereicht. - Wäre zuerst nur Tempo 30 eingeführt worden, hätten die Parkfelder weiss versetzt neu markiert werden müssen, da es vom Kanton nicht akzeptiert wird, wenn der Strassenraum so gestaltet wird, dass schneller als Tempo 30 gefahren werden kann. Im Rahmen der Einführung der Blauen Zonen hätten diese Parkfelder wieder ummarkiert und die Signaltafeln geändert werden müssen. Dies hätte Mehrkosten von 400 000 Franken verursacht. - Es ist in der Verkehrsabteilung der Stadtpolizei leider vergessen gegangen, dass auch eine Kreditaufstockung für die interne Verrechnung für die Einführung der Blauen Zone beantragt werden muss (Fr. 450 000.00 = interne Verrechnung plus Teuerung). Der Finanzinspektor verlangt zu Recht eine saubere Verrechnung. Es gibt zwei Möglichkeiten: eine Kreditaufstockung für die Blauen Zonen zu verlangen oder den Kredit von 1992 mit einer Kreditüberschreitung abzurechnen (Kreditabrechnung mit Nachkreditbegehren). Der Polizeidirektor bittet den Rat, im Interesse der betroffenen Bevölkerung den Fehler zu entschuldigen und dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt der Kreditaufstockung von Fr. 124'000.00 mit 53 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

5 Verkauf der Liegenschaften Thunstrasse 38/40

Antrag Nr. 81

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Verkauf der Liegenschaften Thunstrasse 38/40.
2. Er beschliesst, die Liegenschaften Thunstrasse 38/40 vom Verwaltungsvermögen zum Buchwert von Fr. 0.00 in das Finanzvermögen zu übertragen.
3. Er genehmigt den Kaufvertrag vom 4. März 1999. Der Verkaufserlös von Fr. 1 550 000.00 geht zu Gunsten der Laufenden Rechnung 1999, Konto 622.1.4240.00.
4. Der Buchgewinn wird für Abschreibungszwecke auf der Liegenschaft Brunnadernstrasse 42 (SRB 238 vom 11. September 1997) verwendet. Dazu bewilligt der Stadtrat einen

Nachkredit von Fr. 1 550 000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 1999, Konto 210.1.3310.00.

5. Der Gemeinderat wird beauftragt, diesen Beschluss zu vollziehen.
6. Diese Beschlüsse gemäss Ziff. 2 und 3 unterliegen dem fakultativen Referendum nach Artikel 84 des Reglements über die politischen Rechte.

Für die FIKO spricht *Stephan Hügli* (FDP): Es geht bei diesem Geschäft um die Auswirkungen und Folgen von APOLLO und den vor ca. 2 Jahren im Rat behandelten Kauf der Liegenschaft für den Stützpunkt Ost. Der neue Stützpunkt Ost ist bezogen worden, die alte Kirchenfeldwache wird nicht mehr gebraucht und steht für eine neue Nutzung zur Verfügung. Es bestehen zwei Möglichkeiten: Verkauf der Liegenschaften oder Überführung in den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik, welcher der Stadt für diese Liegenschaften Fr. 57 000.00 bezahlt hätte (Buchwert). Der Sanierungsbedarf wird auf 2 Mio Franken geschätzt. Der Ertrag aus dem Verkauf des Gebäudes soll für die Abschreibung des neuen Polizeistützpunktes Ost verwendet werden. Um dieses Gebäude verkaufen zu können, muss es vom Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen übertragen werden. Das Verwaltungsvermögen dient bekanntlich dazu, um die ureigensten zwingenden Verwaltungsaufgaben, das Finanzvermögen, um die übrigen Gemeindeaufgaben (freiwillige) zu erledigen. Am 29. April hat der Gemeinderat den Beschluss gefasst, die Liegenschaften seien zu verkaufen, und am 21./22. September wurden sie in der Tagespresse ausgeschrieben, worauf 27 Interessenten eine Dokumentation verlangten und 7 Besichtigungen durchgeführt wurden. In der ersten Runde gingen drei Angebote ein, schliesslich lagen Angebote für 1,2 und 1,5 und 1,55 Mio Franken vor. Mit denjenigen Interessenten, die das Gebäude für eigene Wohnzwecke, eine Therapie- und Arztpraxis und eine Musikschule nutzen möchten, fand am 4. März 1999 eine Verurkundung statt. Nutzen und Gefahr sollen per 1. November 1999 auf die neuen Eigentümer übergehen. Den bisherigen Mietern wurde auf Ende Oktober gekündigt. Die Verwendung des Ertrags wird auf S.3 des Vortrags geschildert. Die FIKO empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

Edith Olibet (SP) bestreitet den Verkauf der Liegenschaften nicht. Der Gemeinderat hat im Vortrag zum Kauf der Liegenschaft Brunnadernstrasse 42 angekündigt, die Summe des Verkaufs der Liegenschaften Thunstrasse 38/40 werde der Polizeidirektion gutgeschrieben. Sie findet das Vorgehen des Gemeinderats jedoch eigenartig. Die Stadt hat vom Kanton, der finanziellen Probleme wegen, einen tieferen Abschreibungssatz verlangt, ein Abschreibungssatz von 10% sei sehr hoch. Der gleiche Gemeinderat will jedoch hier zusätzlich zu den 10% 1,5 Mio Franken abschreiben. Es stimmt, dass dadurch die Abschreibungsquote in den folgenden Jahren kleiner wird. Tatsache ist jedoch, dass bei einer Abschreibung über mehrere Jahre die Belastung weniger gross ist. Edith Olibet versteht die Haltung des Gemeinderats nicht.

Polizeidirektor *Kurt Wasserfallen* dankt dem FIKO-Referenten für die Vorstellung des Geschäfts. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt für diese Liegenschaften Fr. 57 000.00 hätte bezahlen wollen. Der Abschreibungsmodus ist finanztechnisch abgeklärt worden. Der Polizeidirektor bittet den Rat, dem Geschäft wie vom Gemeinderat beantragt zuzustimmen.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Verkauf der Liegenschaften Thunstrasse 38/40, die Beschlüsse gemäss Ziff.2 und 3 unterliegen dem fakultativen Referendum, mit 51 : 1 Stimme bei 12 Enthaltungen zu.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *Rolf Häberli*

Die Protokollführerin: *Jeannette Steiner*